

Philips Pensionskasse (VVaG)

# Geschäftsbericht 2015





# Inhalt

01	<b>Lagebericht</b>	3
	Rechtliches	4
	Geschäftsverlauf	5
	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	22
02	<b>Jahresabschluss</b>	25
	Bilanz	26
	Gewinn- und Verlustrechnung	28
	Anhang	31
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	32
	Erläuterungen zur Bilanz	34
	Entwicklung der Aktivposten	36
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
	Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB	43
	Sonstige Angaben	43
	Aufsichtsrat und Vorstand	44
03	<b>Bericht des Aufsichtsrates</b>	45
04	<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	46





# 01 Lagebericht

Rechtliches	4
Geschäftsverlauf	5
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	22

# Lagebericht

*Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.*

## Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVaG) – im folgenden »Pensionskasse« genannt – ist ein »kleinerer Versicherungsverein« im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 6 des KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 9 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Zusätzlich werden Personen Mitglied der Pensionskasse, wenn sie im Rahmen eines Versorgungsausgleichs nach dem Versorgungsausgleichsgesetz durch interne Teilung ein Anrecht auf Versorgungsleistungen bei der Pensionskasse erwerben.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 9. November 2015 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Mitgliederversammlung hat am 24. Juni 2015 in Hamburg stattgefunden.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVaG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag für unbedenklich erklärt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Der vorgenannte Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag mit der Philips Pensions-Service eG wurde durch einen angepassten Vertrag vom 3. November 2014 ersetzt. Zusätzlich zu den bereits ausgelagerten Aufgaben wurden zum 17. November 2014 auch die Funktionen der IT-Infrastruktur und des Rechenzentrums an die Philips Pensions-Service eG bzw. einen externen Dienstleister übertragen.

Den neuen Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Schreiben vom 21. Januar 2015 ebenfalls für unbedenklich erklärt.

Ursächlich für die erfolgte Erweiterung des Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages war der vorherige Beschluss des Philips

Konzerns für »Drittunternehmen« keine IT-Dienstleistungen mehr anzubieten. Dies machte es erforderlich, dass die Philips Pensions-Service eG bzw. die Pensionskasse für diesen Bereich eine eigenständige Lösung entwickelten.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenspensionskassen e.V., Berlin.

## Geschäftsverlauf

### 1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.165 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.130), 8.941 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.782) sowie 2.424 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.417). Neu traten 487 Personen der Pensionskasse bei (Vorjahr 201).

Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betrugen im Jahr 2015 Mio. € 13,2 und lagen damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (Mio. € 13,1). Ursächlich war die günstige Entwicklung der Neumitgliederzahl.

Die Rentenzahlungen im Berichtsjahr sind gegenüber dem Vorjahr um Mio. € 0,4 auf Mio. € 35,5 gestiegen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist auf den weiteren Zuwachs der Anzahl der Rentner zurückzuführen.

## 2. Kapitalanlagen

Die Fortdauer des historisch niedrigen Zinsniveaus in Deutschland, mit negativen Zinsen im Geldmarkt und Zinsen unter 1 % bei langen Laufzeiten, machten es in 2015 erneut praktisch unmöglich, in der Direktanlage nennenswerte Neu- bzw. Wiederanlagen in festverzinslichen Wertpapieren zu tätigen. Alle Renditen für deutsche Anleihen, Schuldscheindarlehen und Namenspapiere notierten das gesamte Jahr über weit unter den Verzinsungsanforderungen der Rentenzusagen. Die wenigen Zukäufe entfielen auf kurze Laufzeiten bis einem Jahr, um die vorhandene Liquidität temporär ohne »Strafzinsen« anzulegen. Zudem wurden vereinzelt Unternehmensanleihen erworben. Diese teilweise mit mehrmaligen Kündigungsrechten durch den Emittenten, da diese Optionsrechte die Rendite des Papiers erhöhten.

Demgegenüber wurden unvermindert festverzinsliche Wertpapiere im vergangenen Jahr fällig oder vom Schuldner gekündigt.

Als Folge einer verschlechterten Bonität des Emittenten und um die vorhandenen Reserven zu realisieren, wurden einzelne Positionen auch vor Fälligkeit verkauft.

Die genannten Umstände inklusive der Abschreibungen auf wenige Wertpapiere führten zu einem Rückgang der Inhaberschuldverschreibungen und der Sonstigen Ausleihungen der Direktanlage insgesamt.

Bei den indirekten Wertpapieranlagen wurde innerhalb des Master-Fonds für Rentenpapiere ein weiteres Mandat für Schwellenländeranleihen vergeben. Gleichzeitig wurde das Volumen der vorhandenen Mandate für dieselbe Anlageklasse reduziert, um in der Summe das Gesamtengagement in dieser Anleiheart nur moderat zu erhöhen. Die Mandate für auf US-Dollar lautende Unternehmensanleihen und für globale Wandelanleihen wurden leicht aufgestockt. Finanziert wurden diese Zuführungen aus dem Erwerb neuer Anteile am Master-Fonds und dem Abbau eines Mandates für europäische Anleihen. Letzteres wurde erforderlich, da die zwischenzeitlich erreichten Renditen in der Anleiheart als Folge des generellen Zinsverfalls in Europa zu weit unter den Notwendigkeiten der Pensionskasse lagen.

Insgesamt wurde das Gesamtvolumen des Master-Fonds leicht verringert, um zusätzliche indirekte Aktienanlagen zu ermöglichen.

Bestandsobjekt der Philips Pensionskasse (VVaG)  
in Hamburg St. Georg



So wurden im Master-Fonds für Aktienfondsanlagen zu Jahresanfang Publikumsfonds mit den Anlageschwerpunkten Deutschland und Japan zugekauft. In der zweiten Jahreshälfte wurden dann ein Fonds, der nach einem globalen »Dividendenansätzen« verwaltet wird, und die zuvor genannten Anteile eines Japan-Fonds verkauft.

Neben diesen Aktienengagements wurde über den Erwerb eines Fonds eine kleinere strategische Anlagequote in Pharma- und Biotech-Aktien in der Direktanlage aufgebaut.

Innerhalb des Immobilien-Master-Fonds wurden in 2015 erneut Mittel für die Fonds mit den Anlageschwerpunkten »Hotels« und »Soziales Wohnen« abgerufen. Laut der Planung der Vermögensverwalter sollten die beiden Fonds in 2016 die letzten von den Investoren zugesagten Gelder vollständig investiert haben. Neu wurde eine Zusage für einen Fonds mit Anlageschwerpunkt »Logistik Deutschland« vergeben. Auch die Mittel für diesen Fonds werden im Verlauf des laufenden Jahres abgerufen.

Im Rahmen des seit Jahren andauernden Prozesses der Liquidation zweier Immobilien-Spezialfondsmandate, nach einvernehmlichem Beschluss aller Investoren, erfolgten Teilrückführungen. Es ist davon auszugehen, dass die Fonds bis Ende 2016 bzw. Ende 2017 vollständig aufgelöst sein werden.

Zwar fanden innerhalb der zuvor genannten drei Master-Fonds im letzten Geschäftsjahr die erläuterten Transaktionen statt, die Buchwerte der drei Sondervermögen insgesamt haben sich aber nicht merklich verändert.

Das Neubauprojekt in Hamburg-Wandsbek, als reines Wohnobjekt, konnte im letzten Geschäftsjahr endgültig fertiggestellt werden und ist mittlerweile voll vermietet.

Auf Grund erheblicher Unsicherheiten über die aktuelle und zukünftige Bonität des Alleinmieters und einer eher problematischen Lage wurde ein Objekt in 2015 verkauft.

Bei einem weiteren Objekt ist der Verkehrswert gesunken, da der bestehende Vertrag des Alleinmieters nur noch eine sehr kurze Restlaufzeit aufweist und über eine Anschlussvermietung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden worden ist. Dieser Umstand machte eine außerplanmäßige Abschreibung auf das Objekt erforderlich.

Aus Vorsichtsgründen wurde auf den in Auflösung befindlichen Waldfonds eine Abschreibung vorgenommen. Zwar verlief der bisherige Verkauf von Wäldern des Fonds positiv, nichtsdestotrotz sind aber noch eher schwergängige Flächen bis voraussichtlich Mitte 2017 zu vermarkten.

Positive  
Aktienmärkte 2015



Da es bei einigen Beteiligungen für Erneuerbare Energien-Projekte in Deutschland und Europa jedes Jahr zur anteiligen Rückzahlungen des ursprünglich zugesagten Eigenkapitals kommt und um die strategische Anlagequote konstant zu halten, wurde zum Ende des abgelaufenen Jahres eine bestehende Beteiligung durch die Erhöhung der ersten Zusage erweitert.

In die Anlageklassen Private Equity, Hedge Funds und Hypotheken wurden auch in 2015 keine Investments getätigt.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Pensionskasse für das Geschäftsjahr 2015 liegt bei 3,0 %, nach 3,4 % im Vorjahr.

Für den Rückgang waren vor allem die gesunkenen Bestände der Direktanlage in festverzinslichen Anlagen und damit die niedrigeren Kuponerträge sowie die als Folge des schwierigen Marktumfelds zu großen Teilen ausgebliebene Wertentwicklung der Schwellenländeranleihen verantwortlich. Statt Ausschüttungen aus den Spezial-AIF vorzunehmen, wurden in 2015 festverzinsliche Wertpapiere der Direktanlage verkauft. Die dabei realisierten Erträge fielen geringer aus, als die Fondsausschüttungen des Vorjahres, was ebenfalls die Nettoverzinsung belastete.

Demgegenüber sind die Erträge aus den Beteiligungen erkennbar angestiegen und der Abschreibungsbedarf auf die Gesamtanlagen gegenüber 2014 klar geringer ausgefallen. Des Weiteren haben sich die Ertrags- bzw. Zeitwerte bei zwei Beteiligungen für Erneuerbare Energien sowie einzelner Fonds innerhalb des Immobilien-Master-Fonds sehr positiv entwickelt und führten in 2015 zu Zuschreibungen, so dass zuvor vorgenommene Abschreibungen wieder aufgeholt werden konnten.

### 3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24. Juni 2015 T€ 241 entnommen worden. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte im letzten Geschäftsjahr nicht.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 150 wurde vollständig in die Gewinnrücklage – Verlustrücklage gem. § 37 VAG – eingestellt. Im Ergebnis ergibt sich ein ausgeglichener Bilanzgewinn.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab

zum 31. Dezember 2015 keine zuteilbaren Bewertungsreserven.

#### 4. Risikoverlauf

Die geschäftsplanmäßigen Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten werden jährlich vom Verantwortlichen Aktuar dahingehend überprüft, ob sie ausreichende Sicherheiten enthalten. Infolgedessen wurden die geschäftsplanmäßigen Sterbewahrscheinlichkeiten für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 zuletzt im Jahre 2012 angepasst.

Die für das Geschäftsjahr 2015 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den männlichen Rentnern eine deutliche Untersterblichkeit sowohl nach der Jahresrente als auch, anders als in den Vorjahren, nach der Anzahl festzustellen war. Bei den weiblichen Rentnern sowie bei den Hinterbliebenen mit Versicherungen nach AVB Tarif 1985 war dagegen sowohl nach der Anzahl als auch nach der Jahresrente für das Geschäftsjahr 2015 eine (deutliche) Übersterblichkeit zu beobachten.

Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre sind nach Anpassung der Sterbewahrscheinlichkeiten im Tarif 1985 sowohl bei den männlichen und weiblichen Rentnern als auch im Bestand der Witwen und Witwer zwar noch Sicherheitsreserven vorhanden, die weitere Entwicklung bei den männlichen Rentnern muss aber kritisch beobachtet werden.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre – bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente – deutlich unterhalb der geschäftsplanmäßigen Ansätze, wobei die Untersterblichkeit bei Anwärtern mit Hinterbliebenen stärker ist als bei Anwärtern ohne Hinterbliebene. Aufgrund der geringen Anzahl von Todesfällen, insbesondere bei weiblichen Anwärtern, sind bei Betrachtung einzelner Jahre stärkere Schwankungen festzustellen.

Hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist sowohl im Durchschnitt der letzten sechs Jahre als auch in jedem einzelnen Jahr ein deutlicher unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen.

Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit insgesamt weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

#### 5. Chancen / Risiken

Bei insgesamt kaum veränderten Buchwerten der Gesamtanlagen sind die Anlagen im Aktien-Master-Fonds und den Beteiligungen gestiegen. Letztere aufgrund von möglich gewordenen Zuschreibungen. Zudem hält die Pensionskasse zum Jahreswechsel einen größeren Betrag Liquidität vor, der Anfang 2016 investiert werden soll. Auf Grund der weiterhin zu niedrigen Zinsen speziell in Deutschland bzw. der Eurozone ist der

---

Weiterhin  
sichere Renten



Bestand an direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapieren weiter gesunken. Der Rückgang im Immobilienportfolio ist primär dem Verkauf eines Objektes im letzten Geschäftsjahr geschuldet.

In der Gesamtbetrachtung kam es in 2015 somit zwar innerhalb der Anlagearten/ Sondervermögen zu größeren Veränderungen, aber nicht in der übergeordneten Anlagestruktur der Gesamtanlagen.

Um im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere noch auskömmliche Renditen erzielen zu können, wurden die Anlagequoten für Schwellenländer-, US-Dollar-Unternehmens- und globale Wandelanleihen erhöht. Dem standen niedrigere Engagements in europäischen Unternehmens- und Staatsanleihen gegenüber. Im Ergebnis hat das Gesamtrisiko in den festverzinslichen Anlagen auf diese Weise leicht zugenommen.

Die erste Leitzinserhöhung der amerikanischen Notenbank FED nach zehn Jahren im Dezember 2015 hatte zwar kaum noch unmittelbare Auswirkungen auf die Renditen, da diese in den USA und den Schwellenländern bereits vorher in Erwartung der Maßnahme gestiegen waren, auf Jahressicht haben die vergebenen Mandate für Schwellenländer- und auf US-Dollar lautende Unternehmensanleihen aber unter der Entwicklung gelitten. Ob sich dies in 2016 so fortsetzen wird, hängt von den weiteren Schritten der FED bzw. der Erwartung der Kapitalmärkte an den

Zeitpunkt und an den Umfang weiterer Zinserhöhungen ab.

Einen Vorgeschmack auf mögliche zukünftige Risiken als Folge von Leitzinserhöhungen könnte der massive Kursverlust von amerikanischen Anleihen minderer Qualität gegeben haben. Allein im 4. Quartal 2015 haben diese Papiere über 30 % an Wert verloren. Ursache waren die höheren Zinsen, die gestiegenen Kreditanforderungen der Banken in den USA sowie erste Ausfälle von Schuldnern.

Im Gegensatz zu den USA hat die Zentralbank der Eurozone (EZB) die Maßnahmen zur »Geldflutung« der Märkte im letzten Jahr noch verstärkt. So wurden die Negativzinsen für Banken und institutionelle Anleger Anfang Dezember 2015 auf  $-0,30\%$  gesenkt. Zudem werden jetzt auch Papiere von Gebietskörperschaften, z. B. deutschen Bundesländern, erworben, da das Volumen an verfügbaren Staatsanleihen ansonsten nicht ausreicht. Es ist nicht davon auszugehen, dass die EZB in 2016 und 2017 von ihrer Geldpolitik abweichen wird, dafür ist das gesamtwirtschaftliche Umfeld in der Eurozone noch zu fragil.

Ein weiteres großes und weltweites Problem stellt die zunehmende Illiquidität der Zinsmärkte dar. Alle Investoren, die noch ausreichend verzinste Bestände haben, verkaufen diese nicht. Neuemissionen, die es zahlreich gab und gibt, da die Staaten und Unternehmen die niedrigen Zinsen



Neubau 2015 der  
Philips Pensionskasse (VVaG)  
in Hamburg Wandsbek

nutzen wollen, werden nicht mehr abgenommen. Gleichzeitig sucht aber die EZB Anlagemöglichkeiten und trocknet die Märkte so gänzlich aus. Am Ende verschärfen die Regularien der Banken die Situation, da es ihnen verboten wurde, Bestände auf den eigenen Büchern zu halten. Dies wiederum bedeutet, dass ein Handel nur noch dann zustande kommt, wenn unmittelbar beide Handelsseiten gegeben sind, was in Krisensituationen aber nicht der Fall ist.

Im Ergebnis können alle deutschen institutionellen Investoren mit hohen Rentenversprechen aus der Vergangenheit weiterhin im eigenen Land nicht »risikolos« in festverzinsliche Wertpapiere, als der traditionell wichtigsten Kapitalanlageart, anlegen. Die höheren Renditen z. B. in den USA und in den Schwellenländern werden daher auch in den kommenden Monaten Engagements in den dortigen Märkten erzwingen. Dies trotz bestehender konjunktureller und politischer Fragezeichen und möglicher Währungsrisiken.

Von den beschriebenen Themen ist auch die Anlagepolitik der Pensionskasse unmittelbar betroffen. Tatsache ist, dass die Anleihen mit noch hohen Kupons sukzessive fällig werden und die vorgegebenen aufsichtsrechtlichen Quoten für alternative risikobehaftetere Anleihearten, die den notwendigen Mehrertrag versprechen, zunehmend ausgelastet sind. Es ist somit absehbar, dass Anlagen in festverzinslicher Form in den kommenden Jahren nur mit erhöhtem Risiko

möglich sein werden, da sich die bestehenden Zinsverpflichtungen ansonsten nicht ausreichend bedienen lassen.

Dieser Umstand macht Engagements auch in anderen Anlagearten zunehmend notwendig. Vor allem Immobilien und alternative Investments sind hierbei denkbar. Allerdings ist die Nachfrage nach diesen Anlageklassen momentan aus der Anlagenot heraus so stark, dass es kaum noch geeignete und rentierliche Anlagemöglichkeiten gibt. Aktien sind zwar grundsätzlich ebenfalls eine sehr geeignete Alternative, allerdings sind Anlagen in Dividendenpapiere über die Anlagegrenzen und Stresstests seitens der Aufsichtsbehörde eng limitiert.

Um den erläuterten Risiken zu begegnen, erfolgt in der Pensionskasse eine umfangreiche interne und externe sowie zeitnahe Überwachung aller schulderspezifischen Ratings. Die Kontrolle der Bonität der direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere wird durch die Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister, der die Pensionskasse laufend mit Qualitätseinschätzungen der Emittenten sowie der Gattungen der gehaltenen Wertpapiere unterstützt, gestärkt. Die Einhaltung der Qualitätsvorgaben an die indirekt in Spezialfonds gehaltenen Rentenbestände wird von den beauftragten Asset Managern und der verwaltenden Kapitalverwaltungsgesellschaft laufend kontrolliert.

Der grundsätzliche Ansatz, soweit möglich nur Anleihen mit Qualitäten im »Investment Grade«-Bereich zu erwerben, limitiert eventuelle Kurs- und Kreditrisiken. Auf Herabstufungen unter dieses Bewertungsniveau wird in der Direktanlage in der Regel mit einem zeitnahen Verkauf der betroffenen Papiere reagiert. Für die externen Asset Manager bestehen für diesen Fall eindeutige Handlungsanweisungen.

Die Beimischung von »High Yield«-Anleihen über die externen Mandate erscheint vor dem Hintergrund des Zinsumfeldes für gute bis beste Qualitäten vertretbar und notwendig, um die Ertragsmöglichkeiten zu verbessern.

Ein weiteres Risiko für die Kapitalanlage der Pensionskasse stellt die Einhaltung der von den europäischen Staaten garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen für Erneuerbare Energien-Projekte dar. Subventionskürzungen oder Sondersteuern auch in anderen Ländern als Spanien und Italien, wo solche Schritte bereits durchgeführt wurden, sind denkbar und könnten zu einem Wertberichtigungsbedarf und geringeren laufenden Erträgen führen.

Die vorhandene Aktienquote stellt prinzipiell ein Risiko dar, allerdings werden diese Bestände täglich durch einen qualifizierten externen Dienstleister im Rahmen eines »Risiko-Overlay-Managements« und laufend durch das interne Risikomanagement überwacht. Im Er-

gebnis sollten eventuelle Kurseinbrüche somit beherrschbar sein, könnten aber dennoch zu einer Beeinträchtigung des Anlageergebnisses in einzelnen Wirtschaftsjahren führen.

Generell geht die Pensionskasse davon aus, dass sich auf Grund der breiten Streuung in den Hauptanlagearten und den begleitenden Sicherungsmaßnahmen sowie dem zeitnahen internen Risikomanagement keine bestandsgefährdenden Risiken ergeben können.

Auch die regelmäßigen Stresstests, Simulationsrechnungen und Asset-Liability-Studien bestätigen diese positive Einschätzung.

Trotz aller Bemühungen muss in den nächsten Jahren mit sinkenden Reserven in den Gesamtanlagen gerechnet werden.

Dies vor allem, da bei dem zwischenzeitlich erreichten Zinsniveau in Europa kaum noch mit Kurszuwächsen bei hiesigen festverzinslichen Wertpapieren zu rechnen ist. Ein weiterer Zinsanstieg in den USA und der hieraus resultierende Kursrückgang bei US- und Schwellenländeranleihen sowie die permanenten Fälligkeiten in den vorhandenen Anleihebeständen werden die Reserven zusätzlich abschmelzen lassen. Die Option, zu niedrige laufende Erträge aus Anleihen ggf. durch die Realisierung von Reserven aus dieser Anlageart zu kompensieren, schwindet somit.



Im Ergebnis müssen daher sonstige Anlageklassen, z. B. die Quoten in Erneuerbare Energien-Projekten, Immobilien, Aktien (soweit aufsichtsrechtlich möglich), grundsätzlich weiter ausgebaut werden.

Denkbar ist auch die Aufnahme neuer Anlagearten und Anlagestile in das Portfolio. Vor allem unverbriefte Darlehen (Loans), Mezzanine-Finanzierungen oder Absolute Return- bzw. Multi Asset-Ansätze sind hier interessant. Allerdings müssen bei den genannten Alternativen häufig eine damit verbundene lange Bindungsdauer und die begrenzte Fungibilität akzeptiert werden. Eine laufende, mehrjährige Liquiditätsplanung in der Pensionskasse berücksichtigt aber diese Risiken adäquat.

Fremdwährungsrisiken vermeidet die Pensionskasse ganz überwiegend. Einzig in den extern vergebenen Wertpapiermandaten und vereinzelt bei den Beteiligungen und Immobilienfonds werden diese Risiken eingegangen.

Das interne Risikomanagement der Kapitalanlagen unterzieht die Gesamtanlagen regelmäßig verschiedenen Stresstests. Hierbei werden u. a. mindestens quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapital-

marktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

In 2015 hat die Pensionskasse zu allen Berichtsterminen diese »BaFin-Stresstests« im Ergebnis jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

In Teilbereichen des Risikomanagements der Anlagen arbeitet die Pensionskasse mit externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugeliefert. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelationseffekten zwischen den Anlagearten. Zusätzlich lässt die Pensionskasse selbst festgelegte Stresstest-Szenarien von einem Dienstleister berechnen. Die externe Überwachung einer Wertuntergrenze für Spezialfondsmandate, sofern »Risikokapitalanlagen«, wie z. B. Aktien, über Mandate gehalten werden, stellt einen zusätzlichen Bereich der Kooperation mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Im Rahmen des Gesamtrisikomanagements werden zudem regelmäßig diejenigen strategischen, rechtlichen und operationellen Risiken berücksichtigt und bewertet, die für die wirtschaftliche

Anlageschwerpunkt  
Windenergie-Projekte



Entwicklung und den Fortbestand der Pensionskasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Als strategische (externe) Risiken für die Pensionskasse sind vor allem die aktuell noch offenen Fragen zu möglichen neuen europaweiten Eigenkapitalregeln für die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, zu den Bestrebungen der deutschen Regierung zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung über durch die Tarifparteien neu zu gründende Pensionskassen und -fonds oder zu einer »Deutschland-Rente« zu nennen.

Die Ergebnisse des zuvor aufgeführten Risikomanagements münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggf. kritische Gesamtrisikosituation der Pensionskasse gibt. Auf Grundlage dieser Berichte würden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen, um kurzfristig die Risikotragfähigkeit wieder herzustellen. Dies gilt vor allem auch für eine Anpassung der Asset Allokation der Kapitalanlagen.

Sämtliche eingesetzte Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin durch ein »Risikomanagement-Team« überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte turnusmäßig die Prüfung des Kapitalanlagemanagements, des Gesamtrisikosystems und des Versicherungsbe-

reiches der Pensionskasse bzw. die Organisation und die Prozesse der entsprechenden Bereiche der Philips Pensions-Service eG durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft). Die Kontrollen erbrachten keine wesentlichen Kritikpunkte. Gleiches gilt für die erneute Prüfung und Bewertung der internen Risikostrategie.

Die Pensionskasse verfügt unverändert über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen.

Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, ergeben sich Zinsrisiken (Garantierisiko).

Die letzten aktuariellen Prüfungen der biometrischen und der Zins-Risiken haben ergeben, dass kein akuter unmittelbarer Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung besteht.

Da allerdings damit gerechnet werden muss, dass die zunehmende Längerlebigkeit der Mitglieder und/oder ein andauerndes Niedrigzinsumfeld zukünftig weitere Zuführungen zur Deckungsrückstellung erforderlich machen werden, hat die

Pensionskasse in 2015 begonnen die Deckungsrückstellung erneut pauschal um Mio. € 3,0 zu verstärken. Es ist das Ziel, den Rechnungszins in Tarifen, denen ein Rechnungszins von mehr als 3,00 % zugrunde liegt, auf maximal 3,00 % abzusenken. Bei den derzeit vorherrschenden Ertragsmöglichkeiten an den internationalen Kapitalmärkten bedeutet dies, dass die eingeleitete Planung auf Sicht der kommenden Jahre die Gewährung einer Überschussbeteiligung für die Mitglieder oberhalb des Rechnungszinses ausschließen sollte. Die Maßnahmen dienen aber der dauerhaften Finanzierung der gegebenen Rentenzusagen und erscheinen daher unerlässlich.

Der Umstand, dass in der Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar.

Diesem Risiko wird durch eine regelmäßige und vorausschauende Liquiditätsplanung begegnet. Die nennenswerten Quoten für Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sowie in Immobilien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und die hieraus resultierenden hohen ordentlichen Erträge tragen dem genannten Risiko Rechnung. Auskömmliche Reserven in den Anlagen machen bei ausreichender Fungibilität die Steuerung möglicher kurzfristiger Liquiditätspässe möglich.

Zudem unternimmt die Kasse erhebliche Anstrengungen, um Neumitglieder für die Einrichtung zu gewinnen, wobei die tatsächlichen Möglichkeiten als Folge der Rahmenbedingungen einer reinen Firmenpensionskasse allerdings begrenzt sind.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

## 6. Ausblick

Für die nächsten Monate und wohl Jahre bestehen unverändert zahlreiche Unsicherheitsfaktoren.

Eine Auswahl bilden die folgenden Themen: Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise und der Konjunkturen in China und den USA, die Reform- und Wettbewerbsfähigkeit der Schwellenländer, ein wieder Aufflackern der Euro-Krise inklusive eines eventuellen »Brexit«, die weiteren Erhöhungen der US-Leitzinsen, die Präsidentschaftswahlen in den USA, die Fortdauer des Niedrigzinsumfeldes in Europa, mögliche deflationäre Tendenzen, die Gefahr von Blasenbildungen in Teilen der Kapitalmärkte, die hohen Zinsversprechen der Vergangenheit versus zu geringen »gefahrlos« erzielbaren inländischen Renditen, gesetzliche und aufsichtsrechtliche Veränderungen, die Entwicklung der Mitarbeiterzahl im deutschen Philips Konzern und bei den sonstigen Trägerunternehmen.

Die Ungewissheiten sind somit so zahlreich wie selten und jeweils von hoher Bedeutung für die Zukunft der Pensionskasse.

Die Pensionskasse begegnet diesen Herausforderungen durch eine unverändert breite Streuung der Gesamtanlagen, z. B. unter Nutzung der Chancen in Anleihen und Aktien außerhalb der Eurozone sowie dem Bemühen hohe laufende Erträge aus nennenswerten Anlagequoten in Beteiligungen für Erneuerbare Energien und Immobilien zu erzielen. Diese strategischen Ansätze in Kombination mit den vorhandenen stillen Reserven sollten es auch in den nächsten Jahren möglich machen, eine ausreichend hohe Rendite (risikokontrolliert) darzustellen.

Allerdings werden die geeigneten Möglichkeiten zur Erwirtschaftung der erforderlichen Verzinsung von Jahr zu Jahr geringer, da die Renditen ggü. den Vorjahren noch weiter gesunken sind, die Bestände in festverzinslichen Wertpapieren abschmelzen und die aufsichtsrechtlichen Anlagegrenzen zunehmend ausgelastet sind. Die hohe Nachfrage aller Anleger nach Alternativen vermindert zudem die hieraus erzielbaren Renditen erheblich. Sehr deutlich ist dies z. B. im Immobilienmarkt erkennbar, wo es kaum noch gelingt, akzeptable Engagements einzugehen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird seitens der Pensionskasse eine im Vergleich zu 2015 mindestens konstant hohe Anzahl neuer Mitglieder erwartet.

Der Beschluss des deutschen Philips Konzerns auf die Eigenbeteiligung der Mitglieder für die Gewährung des Arbeitgeberzuschusses zu verzichten sowie die Bereitschaft, zukünftig einige ehemalige Philips Unternehmen zu an der Pensionskasse beteiligten Unternehmen zu bestimmen, sollte zu einem nachhaltigen Interesse an der Mitgliedschaft in der Pensionskasse führen.

Grundsätzliche strategische Veränderungen in Bezug auf die Pensionskasse bzw. die Zusammenarbeit mit der Philips Pensions-Service eG sind nicht vorgesehen.

Wie zuvor erwähnt, wird sich aber ab 2016 der Kreis der für Neumitgliedschaften berechtigten Drittunternehmen im Rahmen einer gesonderten Festlegung durch die Philips GmbH erweitern. Daher kann mit einer leichten Zunahme der Beitragseinnahmen gerechnet werden.

Die Verwaltungskosten der Pensionskasse werden zunehmen, da die allgemeinen Personalkosten und der Aufwand für leistungsstarke Softwarelösungen in allen Bereichen der Philips Pensions-Service eG ansteigen bzw. bestehen

bleiben werden. Die Erhöhung der Kosten sollte aber nicht höher als in den Vorjahren ausfallen.

Trotz des weiterhin sehr schwierigen Kapitalmarktfeldes und eines nur begrenzten Budgets für weitere »Risikokapitalanlagen« wird für 2016 eine Nettoverzinsung angestrebt, die leicht über der des Vorjahres liegt.

Soweit das Risikobudget es im Jahresverlauf zulässt, sind Aufstockungen in den Anlagearten Aktien, Immobilien und Erneuerbare Energien-Projekte geplant. Neu ins Portfolio sollen prinzipiell unverbriefte Darlehen (Loans) aufgenommen werden. Das Universum der eingesetzten Anlagestile soll durch die Beimischung von Mandaten für Multi Asset- und Absolute Return-Ansätze verbreitert werden.

Die begonnene pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung mit dem Ziel den Rechnungszins in den Tarifen, denen ein Rechnungszins von mehr als 3,00 % zugrunde liegt, auf maximal 3,00 % abzusenken, wird fortgesetzt werden. Daher ist eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen.

Der Jahresüberschuss wird im nächsten Geschäftsjahr voraussichtlich wieder auf dem Niveau des Jahres 2015 liegen und soll vollständig in die Verlustrücklage eingestellt werden.

Die Gesamtsituation der Pensionskasse zum Jahreswechsel 2015/16 ist unvermindert sehr gut. Alle aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Anforderungen werden uneingeschränkt erfüllt und ausreichende Risikopuffer sind vorhanden. Die Gründe hierfür sind insbesondere die regelmäßige Verstärkung der Deckungsrückstellung als Folge der zunehmenden Längerlebigkeit der Mitglieder in der Vergangenheit und die jüngst erfolgte Verringerung der Verzinsungsanforderungen durch die Rechnungszinsabsenkung im Tarif 1985.

Für die Jahre 2017 und 2018 werden daher, trotz der derzeitigen erheblichen Unsicherheiten, keine wesentlichen Änderungen der Gesamtlage der Pensionskasse erwartet.

Sämtliche internen und externen Prognoserechnungen bestätigen eine, auch unter den gegebenen schwierigen Umständen, mittel- und langfristig gute Positionierung der Pensionskasse.

Auf mögliche Veränderungen der zentralen externen Rahmenbedingungen hat die Pensionskasse keinen unmittelbaren Einfluss. Allerdings sieht sich die Pensionskasse in der Lage, die Herausforderungen, innerhalb einer angemessenen Frist, jederzeit und eigenständig bewältigen zu können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

„Den Mitgliedervertretern,  
allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG  
und denen, die sich für die Belange  
der Pensionskasse und deren Mitglieder  
aktiv eingesetzt haben,  
sprechen wir unseren Dank aus.“

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2015

	Anwärter	
	Männer	Frauen
	Anzahl	Anzahl
<b>Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	9.299	2.831
<b>Zugang während des Geschäftsjahres</b>		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	282	205
2. Sonstiger Zugang <sup>1</sup>		2
3. Gesamter Zugang	282	207
<b>Abgang während des Geschäftsjahres</b>		
1. Tod	10	4
2. Beginn der Altersrente	337	72
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	19	4
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf		
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	5	1
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen		
7. Sonstiger Abgang	2	
8. Gesamter Abgang	373	81
<b>Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	9.208	2.957
davon		
1. beitragsfreie Anwartschaften	2.700	926
2. in Rückdeckung gegeben		

<sup>1</sup> Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

<sup>2</sup> Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup>	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup>		
Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
						Euro	Euro	Euro
6.985	1.797	29.640.842	2.233	85	99	4.817.314	115.572	61.426
356	78	1.371.822	146	14	5	334.212	20.921	2.961
		3.103				50	35	
356	78	1.374.925	146	14	5	334.262	20.956	2.961
216	59	982.179	109	6		262.476	7.572	
					43			28.533
216	59	982.179	109	6	43	262.476	7.572	28.533
7.125	1.816	30.033.588	2.270	93	61	4.889.100	128.956	35.853



8470.00

54858.48

164.55

109.00

27.00

Organizacia

00,00

Banka 7.000%



# 02

## Jahresabschluss

Bilanz	26
Gewinn- und Verlustrechnung	28
Anhang	31

## Bilanz

zum 31.12.2015

### AKTIVA

	Euro	Euro	Euro	2015 Euro	2014 Euro
<b>A Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				655.540,33	545.939,73
<b>B Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			55.031.915,41		59.069.561,77
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.805.000,00				28.805.000,00
2. Beteiligungen	93.094.925,02				92.215.050,09
			121.899.925,02		121.020.050,09
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	401.181.624,84				384.984.284,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	175.793.495,24				192.229.328,80
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	40.444.950,00				45.458.200,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	37.500.000,00				37.500.000,00
		77.944.950,00			82.958.200,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	9.000.000,00				0,00
5. Andere Kapitalanlagen	151.000,00				1.000,00
			664.071.070,80		660.172.813,13
				841.002.910,51	840.262.424,99
<b>C Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer	426.082,38				277.792,90
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	172.429,65				49.509,21
			598.512,03		327.302,11
II. Sonstige Forderungen					
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen:					
167.497,43 Euro (Vorjahr: 78.791,66 Euro)					
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
960.885,98 Euro (Vorjahr: 1.219.966,52 Euro)			1.587.850,69		1.555.515,88
				2.186.362,72	1.882.817,99
<b>D Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			4.169.867,45		2.412.293,03
II. Andere Vermögensgegenstände			2.961.216,20		2.916.234,21
				7.131.083,65	5.328.527,24
<b>E Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
Abgegrenzte Zinsen und Mieten				7.015.945,89	7.827.780,19
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>857.991.843,10</b>	<b>855.847.490,14</b>

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Hamburg, 04.03.2016 | Der Treuhänder Hans-Jürgen Haverkamp



## PASSIVA

	Euro	2015 Euro	2014 Euro
<b>A Eigenkapital</b>			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG		40.755.000,00	40.605.000,00
<b>B Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung	815.058.148,26		812.127.723,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	54.406,50		102.268,92
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.163.886,96		1.404.790,32
		<b>816.276.441,72</b>	<b>813.634.782,24</b>
<b>C Andere Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		200.342,00	211.216,95
<b>D Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	71.139,82		72.167,72
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 20,02 Euro (Vorjahr: 4.213,32 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 14.967,91 Euro (Vorjahr: 15.256,85 Euro)	577.599,56		1.191.457,39
		<b>648.739,38</b>	<b>1.263.625,11</b>
<b>E Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>111.320,00</b>	<b>132.865,84</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>857.991.843,10</b>	<b>855.847.490,14</b>

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 02.02.2016 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Hamburg, 04.03.2016 | Der Verantwortliche Aktuar Torsten Seemann



## Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Euro	Euro	2015 Euro	2014 Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge			13.191.519,13	13.125.608,09
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			100.942,00	200.037,04
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 587.856,78 Euro (Vorjahr: 978.820,29 Euro)		5.133.766,37		4.413.515,22
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.837.956,09			5.758.395,12
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	12.715.330,24			22.910.537,22
		18.553.286,33		28.668.932,34
c) Erträge aus Zuschreibungen		2.122.171,39		1.489.756,06
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		8.033.696,46		2.504.327,07
			33.842.920,55	37.076.530,69
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			551.879,88	569.278,86
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		35.568.534,68		35.063.152,79
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		- 47.862,42		33.364,32
			35.520.672,26	35.096.517,11
6. Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Rückstellungen Deckungsrückstellung			2.930.425,26	4.436.053,99
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			0,00	1.403.089,54
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		179.790,64		182.258,84
b) Verwaltungsaufwendungen		267.414,28		264.038,13
			447.204,92	446.296,97
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		4.300.779,17		3.621.717,93
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		3.800.448,17		5.236.474,76
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		207.006,71		143.669,94
			8.308.234,05	9.001.862,63
10. Versicherungstechnisches Ergebnis			480.725,07	587.634,44
<b>Übertrag</b>			480.725,07	587.634,44

	Euro	Euro	2015 Euro	2014 Euro
<b>Übertrag</b>			480.725,07	587.634,44
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		40.164,15		9.448,87
2. Sonstige Aufwendungen		172.281,18		163.919,89
			- 132.117,03	- 154.471,02
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			348.608,04	433.163,42
4. Sonstige Steuern			198.608,04	213.163,42
5. Jahresüberschuss			150.000,00	220.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG			150.000,00	220.000,00
<b>7. Bilanzgewinn</b>			<b>0,00</b>	<b>0,00</b>





# Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	32
Erläuterungen zur Bilanz	34
Entwicklung der Aktivposten	36
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag	43
Sonstige Angaben	43
Aufsichtsrat und Vorstand	44

# Anhang

## 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet.

Grundstücke und Bauten werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Bei der Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen werden lineare Abschreibungssätze entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet. Sofern ggf. die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, erfolgt eine Wertaufholung.

Die Investmentanteile werden gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB wie Umlaufvermögen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern die Investmentanteile dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt die Bewertung nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip). Insgesamt wurden Investmentanteile in Höhe von T€ 391.005 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden zum Bilanzstichtag keine Abschreibungen vermieden. Sofern ggf. die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, erfolgt eine Wertaufholung.

Inhaberschuldverschreibungen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Zum Bilanzstichtag werden Wertpapiere in Höhe von T€ 145.437 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden keine Abschreibungen vermieden. Sofern Anleihen über pari erworben wurden, werden die Anschaffungskosten über die Restlaufzeit ratiertlich auf den Nennwert abgeschrieben. Bei Wegfall der Gründe für einen niedrigeren Wertansatz, erfolgt eine Wertaufholung.

Im Bestand werden acht Inhaberschuldverschreibungen gehalten, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Infolgedessen erfolgt die Bewertung dieser Papiere nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB. Die im Bestand befindlichen Zero-Schuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation angesetzt. Sofern ggf. die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, erfolgt eine Wertaufholung.

Die unter den »sonstige Ausleihungen« ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet. Zur Feststellung einer möglichen dauerhaften Wertminderung wurde die Bonität der jeweiligen Emittenten einzeln beurteilt. Bei Wegfall der Gründe für einen niedrigeren Wertansatz, erfolgt eine Wertaufholung.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen erfolgt zu den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die zum 31. Dezember 2015 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung und 2009AB prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Z die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den »Richttafeln 1998« von Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,25 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den »Richttafeln 2005 G« von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % zugrunde gelegt. Für den Tarif 2009AB wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den »Richttafeln 2005 G« von Heubeck mit den Rechnungszinsen 3,25 % oder 2,25 % (je nach Vorgängertarif) angewendet.

Zur Stärkung der Rechnungsgrundlage »Zins« wurde für Tarife mit einem Rechnungszins von 3,25 % geschäftsplanmäßig eine pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag bzw. in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

## 2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen sind aus der Übersicht »Entwicklung der Aktivposten« zu ersehen.

Anlagen  
in Waldflächen



## Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2015

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2014
	Euro
<b>A Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	545.939,73
<b>2. Summe A</b>	<b>545.939,73</b>
<b>B Kapitalanlagen</b>	
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	59.069.561,77
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.805.000,00
2. Beteiligungen	92.215.050,09
<b>3. Summe B II.</b>	<b>121.020.050,09</b>
B III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	384.984.284,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	192.229.328,80
3. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	45.458.200,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	37.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00
<b>6. Summe B III.</b>	<b>660.172.813,13</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>840.808.364,72</b>

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2015
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
155.928,08	0,00	0,00	46.327,48	655.540,33
<b>155.928,08</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>46.327,48</b>	<b>655.540,33</b>
1.629.825,82	3.028.384,76	0,00	2.639.087,42	55.031.915,41
0,00	0,00	0,00	0,00	28.805.000,00
0,00	783.693,67	1.663.568,60	0,00	93.094.925,02
<b>0,00</b>	<b>783.693,67</b>	<b>1.663.568,60</b>	<b>0,00</b>	<b>121.899.925,02</b>
34.878.003,36	18.550.099,42	458.602,79	589.166,22	401.181.624,84
57.023.813,08	72.887.452,11	0,00	572.194,53	175.793.495,24
4.986.750,00	10.000.000,00	0,00	0,00	40.444.950,00
0,00	0,00	0,00	0,00	37.500.000,00
9.000.000,00	0,00	0,00	0,00	9.000.000,00
150.000,00	0,00	0,00	0,00	151.000,00
<b>106.038.566,44</b>	<b>101.437.551,53</b>	<b>458.602,79</b>	<b>1.161.360,75</b>	<b>664.071.070,08</b>
107.824.320,34	105.249.629,96	2.122.171,39	3.846.775,65	<b>841.658.450,84</b>

## Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	Zeitwert in Mio. €	Buchwert in Mio. €	Zeitwertreserve in Mio. €
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	81,5	55,0	26,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	33,8	28,8	5,0
Beteiligungen	99,3	93,1	6,2
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	411,8	401,2	10,6
Inhaberschuldverschreibungen	216,9	175,8	41,1
Namenschuldverschreibungen	47,3	40,4	6,9
Schuldscheinforderungen und andere Darlehen	40,4	37,5	2,9
Einlagen bei Kreditinstituten	9,0	9,0	0,0
Andere Kapitalanlagen	0,2	0,2	0,0
<b>Summe</b>	<b>940,1</b>	<b>841,0</b>	<b>99,1</b>

Der Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen in Höhe von T€ 841.003 stehen korrespondierende beizulegende Zeitwerte in Höhe von T€ 940.144 gegenüber. Der sich hieraus ergebende Saldo beträgt T€ 99.141.

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis des jeweiligen Ertragswertes. Hierfür liegen entsprechende externe Wertgutachten aus den Jahren 2012 bis 2015 vor.

Für Anteile an verbundenen Unternehmen entsprechen die Zeitwerte dem Buchwert bzw. dem Zeitwert der gehaltenen Objekte.

Die Zeitwertermittlung für Beteiligungen erfolgte je nach Art der Beteiligung nach dem Discounted Cash Flow-Verfahren (Abzinsung der Zahlungsströme) oder auf Basis des Net Asset Values (Nettoinventarwert).

Investmentanteile wurden grundsätzlich mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Anteile von zwei Sondervermögen wurden mit den voraussichtlich realisierbaren Werten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Hinsichtlich der Inhaberschuldverschreibungen richtete sich der Zeitwert nach den Börsenkursen zum Bilanzstichtag.

Die Ermittlung der Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen (Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen) erfolgte anhand der Euro-Swapkurve zuzüglich geeigneter Zinsaufschläge. Bei einer Namensschuldverschreibung liegt zum Bilanzstichtag eine stille Last in Höhe von T€ 762 vor. Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da die Einschätzung der Bonität des Emittenten dazu führt, dass die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird.

Der Zeitwert der Einlagen bei Kreditinstituten und der anderen Kapitalanlagen entspricht den jeweiligen Buchwerten.



## Angaben zu Investmentvermögen

(mit einem Anteilbesitz von mehr als 10 %)

	Buchwert (BW) in Mio. €	Zeitwert (ZW) in Mio. €	Differenz (ZW – BW) in Mio. €	Ausschüttung 2015 in T€	Tägliche Rückgabe möglich?
<b>Rentenfonds</b>					
PEKA 1	289,3	292,8	3,5	0,0	ja
<b>Aktienfonds</b>					
PEKA 2	50,3	57,1	6,8	0,0	ja
<b>Immobilienfonds</b>					
PEKA 3	41,6	41,6	0,0	0,0	nein
Catella Focus Global Forests	10,2	10,2	0,0	0,0	nein

Bei einem Immobilienfonds ist die Rückgabe der Anteile einmal monatlich möglich. Bei dem anderen Sondervermögen wurde die Rücknahme der Anteilscheine ausgesetzt.

### Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2015 gezahlte Renten für Januar 2016.

### Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden T€ 150 eingestellt. Damit wird der Satzung und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

### Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

Schwierige Anlagenhorizonte  
in den kommenden Jahren

### Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

<b>Stand am 1. Januar 2015</b>	<b>€ 1.404.790,32</b>
Entnahme für	
Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	././ € 0,00
Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	././ € 0,00
Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	././ € 0,00
Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	././ € 139.961,36
Tarif 2008 G Erhöhung der Ansprüche	././ € 91.463,00
Tarif 2008 Z Erhöhung der Ansprüche	././ € 9.114,00
Tarif 2009AB Erhöhung der Ansprüche	././ € 365,00
Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	+ € 0,00
<b>Stand am 31. Dezember 2015</b>	<b>€ 1.163.886,96</b>

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender  
Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

### Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für die Kosten der Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses 2015 sowie die Kosten für die interne Revision.

### Andere Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt T€ 324.

Die Höhe der durch ein Grundpfandrecht abgesicherten Verbindlichkeiten beträgt T€ 346.

### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag resultiert aus Baukostenzuschüssen aus Fördermitteln für Wohnbauten.

## 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von T€ 13.192 (Vorjahr T€ 13.126) gliedern sich in laufende Beiträge T€ 12.770 (Vorjahr T€ 12.692) und Einmalbeiträge von T€ 422 (Vorjahr T€ 434).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Zum Bilanzstichtag wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von T€ 2.305 vorgenommen.

#### 4. Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz des Unternehmens	Eigenkapital T€	Anteil am Kapital %	Ergebnis T€
Philips PK Immobilien Beteiligungs GmbH, Hamburg	23	100,0	0,8 <sup>1</sup>
Philips PK Immobilien   GmbH & Co. KG, Hamburg	28.780	100,0	587,9 <sup>1</sup>
Aquila Sachwert-Basisfonds    S.A. – Erneuerbare Energien	91.461	24,7	10.234,9 <sup>2</sup>
LHI Green Infrastructure Invest   GmbH & Co. KG, Pullach	34.086	29,1	2.479,7 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Gemäß vorliegendem Jahresabschluss 2015

<sup>2</sup> Gemäß vorliegendem Jahresabschluss 2014

#### 5. Sonstige Angaben

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 (inkl. des unter der Position Zahlungen für Versicherungsfälle ausgewiesenen Regulierungsaufwandes) werden mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 24.924 im Bereich der Investmentanteile und der Beteiligungen.

Das Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt im Geschäftsjahr für die Abschlussprüfung T€ 34 (excl. Umsatzsteuer) und für sonstige Leistungen T€ 3.

Im Geschäftsjahr 2015 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig.

## 6. Aufsichtsrat und Vorstand

### Aufsichtsrat

Klaus Baumann*	(Chief Financial Officer, Philips GmbH)
Stefan Meyer**, stellv. Vorsitzender	(Techniker, Philips GmbH)
Catalin Krönert* (bis 31.01.2016)	(Juristin, Philips GmbH)
Dr. Kerstin Lacher* (ab 01.02.2016)	(Dipl.-Kauffrau, Philips GmbH)
Dr. Thomas Piehler*	(Arbeitsdirektor, Philips GmbH)
Günther Weber**	(Rentner)
Friedrich-Karl Beckmann**	(Rentner)

### Vorstand:

Norbert Schulte-Mattler, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Gabriele Mazarin	(Dipl.-Mathematikerin)

\* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse §12 Nr.2)

\*\* durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse §12 Nr.3)

Hamburg, 4. März 2016

Philips Pensionskasse (VVaG)  
Der Vorstand

  
Norbert Schulte-Mattler

  
Gabriele Mazarin

# 03

## Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres 2015 in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrats vom 21. April 2016 teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Gemäß den gesetzlichen und den in der Satzung festgelegten Vorgaben hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2015, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses geprüft. Er erhebt keine Einwände.

Der Jahresabschluss 2015 wird der Mitgliederversammlung zur Feststellung vorgelegt. Die Entlastung des Vorstands wird vorgeschlagen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen für die Pensionskasse tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG für die im Geschäftsjahr 2015 geleistete Arbeit.

Hamburg, im April 2016

Philips Pensionskasse (VVaG)  
Der Aufsichtsrat



Klaus Baumann  
Vorsitzender



Stefan Meyer  
stellv. Vorsitzender

# 04

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 11. März 2016

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Volkmer  
*Wirtschaftsprüfer*

Wysocki  
*Wirtschaftsprüfer*

## Impressum

### Herausgeber

Philips Pensionskasse (VVG)  
Röntgenstraße 24 – 26, 22335 Hamburg

### Konzeption und Gestaltung

Bosbach Kommunikation & Design GmbH, Köln

### Druck

lilarot GmbH, Hamburg

### Bildnachweis

Titel: shutterstock, Urheberrecht: everything possible  
Seite 2: shutterstock, Urheberrecht: everything possible  
Seite 7: Philips Pensionskasse (VVG)  
Seite 9: shutterstock, Urheberrecht: Alzay  
Seite 11: shutterstock, Urheberrecht: Monkey Business Images  
Seite 12: Philips Pensionskasse (VVG)  
Seite 15: shutterstock, Urheberrecht: Filip Fuxa  
Seite 16: shutterstock, Urheberrecht: majeczka  
Seite 24: shutterstock, Urheberrecht: Alzay  
Seite 30: shutterstock, Urheberrecht: Nonwarit  
Seite 35: shutterstock, Urheberrecht: isak55  
Seite 40: shutterstock, Urheberrecht: Vladimir Melnikov



